Herausforderungen für die schweizerische Friedenspolitik

Autor(en): **Gysin, Remo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 53

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652267

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Remo Gysin

Herausforderungen für die schweizerische Friedenspolitik

Auch die Schweiz hat in ihrer Aussenpolitik von einem umfassenden friedenspolitischen Ansatz auszugehen. Neben Menschenrechts- und Sicherheitsfragen gehören unbedingt die Humanitäre Politik, die Entwicklungszusammenarbeit (Millenniumsentwicklungsziele), eine schweizerische Migrationspolitik, die erst in Fragmenten existiert, sowie die Umwelt-, die Kultur- und die Aussenwirtschaftspolitik dazu.

Kohärenz zwischen den Politikbereichen

Die Kohärenz stellt hiermit eine der grössten Herausforderungen dar. Verschiedene Spannungsfelder und Beispiele inkohärenten Verhaltens sollen diese Notwendigkeit verdeutlichen.

a) Die Schweiz setzt sich erfolgreich gegen illegale Kleinwaffen ein. Gleichzeitig liefert sie Kriegsmaterial in Staaten wie Saudiarabien, Pakistan und Staaten, die im Irak oder in Afghanistan Krieg führen. Angesagt sind Verschärfungen der Ausfuhrbestimmungen für Kriegsmaterial und Rüstungsgüter. Mit der kürzlich eingereichten *Volksinitiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten"* ergibt sich eine Korrekturmöglichkeit, sei es über einen Gegenentwurf oder über die Annahme dieser Volksinitiative.
b) Das Staudamm-Projekt Ilisu am Tigris in der Türkei ist ein anderes Beispiel, in dem sich die Schweiz inkohärent verhält, indem sie Export auf Kosten der Menschenrechte und Friedenspolitik fördert (dies betrifft Rechte der betroffenen Bevölkerung, Rechte der Anrainerstaaten Irak und Iran).
c) Gemäss Bundesverfassung hat sich die Schweiz „für das friedliche Zusammenleben der Völker" einzusetzen. Seit Jahren setzen sich das EDA und auch der Nationalrat für die *Ratifizierung der ILO-Konvention 169* zum Schutze der indigenen Völker ein und seit ebenso vielen Jahren wendet sich das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement gegen die Unterzeichnung dieser Konvention durch die Schweiz. Nachdem sich in der letzten Sommersession der Nationalrat in dieser Sache erneut durchgesetzt hat, bleibt die Herausforderung, das SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) von der Notwendigkeit der Unterzeichnung zu überzeugen. In diesem Falle haben wir es auch mit einem Spannungsfeld zwischen DEZA und EDA einerseits sowie SECO und EVD andrerseits zu tun.
d) Ein ähnliches Kohärenzproblem ist auch in bilateralen und multilateralen Wirtschaftsverträgen, welche die Schweiz mit andern Ländern

oder der WTO abschliesst, zu beobachten. Der Bundesrat wehrt sich jeweils gegen die Aufnahme von Klauseln zu sozialen, zu Menschenrechts- und zu Umweltstandards. Herausforderungen in diesem Zusammenhang sind die Formulierung verbindlicher Vorgaben der *Corporate Social Responsibility.*

Geschlechterperspektive

Neben dem erwähnten Einbezug der Wirtschaft in die Friedensförderung ist auch eine vermehrte Teilhabe der Frauen angezeigt. Die Politische Abteilung IV des EDA arbeitet daran und hat im vergangenen Herbst ein Seminar zur Umsetzung der *UNO-Resolution 1325* auf nationaler Ebene abgehalten. Genderspezifische Aspekte sind unbedingt stärker in die Friedenspolitik zu integrieren. Wegweisende Ansätze, wie das informelle Netzwerk der Aussenministerinnen, die schweizerischen Aktivitäten in der Group of Friends oder die von alt Nationalrätin Gaby Vermot initiierte Bewegung der 1000 Friedensfrauen, verlangen nach Vertiefung und Kontinuität. Die *Bekämpfung des Frauenhandels und der Gewalt gegen Frauen als Kriegsinstrumente* betrachte ich als dringende friedenspolitische Aufgaben.

Terrorismusbekämpfung

Eine zentrale friedenspolitische Herausforderung stellt die Bekämpfung des Terrorismus dar. Internationale Zusammenarbeit ist unabdingbar. Ungeklärt allerdings bleiben die Definition von terroristischen Aktivitäten, die Ursachenanalyse und die Frage nach den adäquaten Mitteln zur Bekämpfung des Terrorismus (vgl. Ausmass der präventiven Ueberwachung, Beschneidung von BürgerInnenrechte, Datenschutz). Besonders problematisch ist die Umsetzung des Abkommens der Schweiz mit den USA, da die Aussenpolitik der USA selbst Teil des Problems ist und zwischen der Schweiz und den USA Meinungsunterschiede bestehen betreffend Terrorismusdefinition, Schwarze Listen u.a.m.). Unklar ist auch die Rolle der Schweizer Armee in der Terrorismusbekämpfung.

Kulturpolitik

Zur Überwindung von kulturellen Vorurteilen (siehe zum Beispiel der Generalverdacht gemeinnütziger islamischer Organisationen seit dem 11.9.2001) sollte auch von und in der Schweiz ein *Dialog der Kulturen* intensiviert werden.

Das Verhältnis zwischen militärischer und ziviler Friedensförderung

Zurzeit wird intensiv über die Verknüpfung von militärischer und ziviler Friedensförderung diskutiert. Auch wenn kein Zweifel darin besteht, dass eine internationale militärische Friedenspolitik notwendig ist, stellen sich für die Schweiz dennoch tiefgreifende Fragen:

- Braucht es eine Schweizer Armee? Allenfalls wozu?
- Führt die von den USA und der NATO verfolgte militärische Konfliktlösung tatsächlich zu Frieden?
- Erfordert internationale Solidarität, dass die Schweiz auch Truppen stellt? Ist es solidarisch, wenn diese nicht an Kampfhandlungen und Aktionen des Peace Enforcement teilnehmen?
- Wäre es nicht effektiver und insgesamt perspektivreicher, wenn sich die Schweiz auf die zivile Friedensförderung beschränkte, in der sie komparative Vorteile aufweist?

In bezug auf Afghanistan bin ich überzeugt, dass Schweizer Soldaten im Verbund mit NATO-Truppen die Glaubwürdigkeit der Schweiz, ihre Neutralität und die Akzeptanz als Vermittler und selbst humanitärer Einsätze untergraben. Die Schweiz sollte ihre zwei Soldaten aus Afghanistan abziehen und ganz auf die zivile Friedenspolitik setzen. Diese Einsicht hat sich kürzlich auch im Bundesrat durchgesetzt.

UNO

Die Schweiz hat sich auch in der UNO gut positioniert (vgl. Stichworte sind: Gastland von UNO-Organisationen, FunktionsträgerInnen, Vernetzung, Reformvorschläge). Besondere Herausforderungen innerhalb der Vereinten Nationen sind die Mitgliedschaft im neu geschaffenen Menschenrechtsrat und institutionelle Reformen, zum Beispiel im Umweltbereich und bezüglich Demokratisierung der Vereinten Nationen.

Die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung der UNO (UNPA) entspricht der Notwendigkeit, die Bevölkerung in die globale Politikgestaltung einzubeziehen und das bestehende Demokratiedefizit zu überwinden. Das mag auf Anhieb visionär anmuten. Denkbar wäre aber eine schrittweise Entwicklung, für die keine Änderung der UN-Charta erforderlich wäre. Das UN-Parlament könnte zunächst aus nationalen ParlamentarierInnen zusammengesetzt und zu Beginn lediglich mit Informations- und Antragsrechten ausgestattet sein. Später könnte es direkt gewählt werden und den Status eines UN-Hauptorgans erhalten. Ein Beispiel für eine solche Entwicklung liefert das Europäische Parlament.

Die UNO sollte m.E. auch gegenüber den aussenwirtschaftlichen Institutionen von Bretton Woods und der WTO eine Führungsrolle übernehmen. Diese Rolle ergibt sich aus der UNO-Charta. Artikel 55 nennt als Ziele der Vereinten Nationen „die Förderung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg". Die *Reform des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC)* zu

einem Rat für ökonomische, soziale und ökologische Sicherheit würde dieser Zielsetzung entgegenkommen.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Schweiz vor grossen friedenspolitischen Herausforderungen steht. In ein kohärentes Konzept müssen Erkenntnisse aus der kritischen Analyse schweizerischer Aussen-, Entwicklungs-, Militärpolitik und anderer politischer Bereiche fliessen. Die Schweiz hat für ihr Handlungsfeld Prioritäten zu setzen. Die friedenspolitische Leitlinie ist in unserer Verfassung gegeben. „Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken" ist schon in der Präambel als Grundaufgabe angesprochen. Klar ist auch, dass Friedensförderung im eigenen Haus beginnt.

Gewerkschaften im Umbruch
Eine Analyse der Fusion zur Grossgewerkschaft Unia

Seit drei Jahren besteht die branchenübergreifende Gewerkschaft Unia, die grösste Arbeitnehmerorganisation der Schweiz mit über 200 000 Mitgliedern. Noch zehn Jahre zuvor, als die Gewerkschaften mit dem Rücken zur Wand standen, hätte niemand geglaubt, dass eine Fusion zwischen den Verbänden SMUV und GBI, welche historisch Gegenpole in der Gewerkschaftsbewegung bildeten, möglich wäre.

Wieso und wie kam dieser Zusammenschluss zustande? Wie sieht eine erste Bilanz aus? Welches waren die entscheidenden Erfolgsfaktoren? Und wie ist dieser Vorgang im internationalen Vergleich zu beurteilen?

Ein jetzt im Rüegger Verlag erschienenes Buch gibt auf diese und ähnliche Fragen erstmals schlüssige Antworten aus wissenschaftlicher und politischer Sicht. Das Buch diskutiert zudem, worin die Chancen und Risiken derartiger Zusammenschlüsse liegen. Interviews mit Direktbeteiligten sowie Dokumente aus verschiedenen Phasen des Prozesses ergänzen diese Untersuchungen.



Andreas Rieger, Renzo Ambrosetti, Renatus Beck (Hrsg.), Gewerkschaften im Umbruch. Eine Analyse der Fusion zur Grossgewerkschaft Unia.

254 Seiten/br. (2007)
CHF 36.–/EUR 23.– (D)

ISBN: 978-3-7253-0884-2

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag Rüegger: www.rueggerverlag.ch

Die Buchhandlung mit dem besonderen Angebot

Das Narrenschiff
Buchhandlung Schwabe AG
Im Schmiedenhof 10
CH-4001 Basel
Tel. +41 +61 261 19 82
Fax +41 +61 263 91 84
www.schwabe.ch
narrenschiff@schwabe.ch

Das Narrenschiff
Geisteswissenschaften Literatur